



# Neues vom Tage.

## Das vorläufige Freiwilligenheer.

**De. in, 10. März.** Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Der Vorschlag über die Bildung des Freiwilligenheeres ist eine Gesamtkarte von 300.000 Mann vor, die auf etwa 35 Brigaden verteilt. Die Dienstzeit, zu der sich jeder Freiwillige verpflichten muß, beträgt 6 Monate. Die Kosten für die 300.000 Freiwilligen sollen bis zu 6 Milliarden Mark betragen. Die einzelnen Brigaden sollen teils Führer erhalten, unter anderem wird General Vetter-Sorbec genannt. Die Oberste Heeresleitung bleibt unter dem Kommando des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg weiterbestehen. An Stelle der Soldatenräte soll die Armeevertrauensräte erhalten.

## Der Wiederaufbau Frankreichs durch deutsche Freiwillige.

**Berlin, 10. März.** Die deutsche Waffenstillstandskommission hat seit 4 Monaten vorbereitende Arbeiten vorgenommen, um für den Wiederaufbau Frankreichs, soweit er von Frankreich nicht mit eigenen Arbeitskräften durchgeführt werden kann, freiwillige Arbeitskräfte aus Deutschland heranzuziehen und der französischen Regierung anzubieten, wodurch gegebenenfalls eine ausgedehnte Arbeitsgelegenheit geschaffen würde.

## Der Generalfriede.

**Berlin, 10. März.** Der Oberkommandierende in den Marken, Reichswehrminister Roste, erließ folgende Anordnung: „Die Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu folgendem Befehl: Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“

Ueber die Kämpfe um das Postamt in Lichtenberg wird berichtet: Das Gebäude war von 80 Mann der deutschen Schutzdivision besetzt. Mittags wurde das Postamt von mehr als 1000 Spartakisten, meist ganz junge Leute, mit Maschinengewehren und Minenwerfern angegriffen. Weidewitz gab es viele Verluste. Die Besatzung mußte sich schließlich, als sie alle Patronen verschossen hatte, ergeben. Darauf wurden sie — es waren noch 1 Offizier und 54 Mann — in einem benachbarten Schulhof erschossen. Die Besatzung des Polizeipräsidiums in Stärke von 60 Offizieren und Mannschaften wurden in gleichzeitiger Weise ermordet. Im Postamt wurde alles kurz und klein gehauen und die Postkasse mit gegen 80.000 Mk. geraubt.

In der Frankfurter Allee stellten die Spartakisten drei Mann der Regierungstruppen, die ihnen in die Hände gefallen waren, an die Wand und erschossen sie. Ein anderer Soldat wurde durch Verhinderung getötet. Ein mit dem roten Kreuz ausgezeichnetes Krankenmobil wurde von bewaffneten Spartakistischen Kämpfern überfallen. In dem Automobil liegende verwundete Soldaten wurden herausgerissen und jämmerlich getötet. Drei Kämpfer, die von Regierungstruppen abgefaßt waren, als sie ein Demonstrationsgeheiß auszubringen wollten, wurden sofort handrechtlich erschossen.

Gestern wurde eine Frauensperson verhaftet, die nach den zuverlässigen Angaben vieler Zivilisten an der Tötung von mindestens 20 Soldaten beteiligt gewesen ist. Flugzeuge der spartakistischen geübten Fliegerabteilung in Rottbus haben außerdem dort im Kampfe bedeutliche Stadtgebäude von Berlin Bomben auf Ansammlungen von Zivilisten abgeworfen und erhebliche Verluste verursacht.

Um die Bevölkerung aufzuheben, hatten vom Spartakusbund mit 20 bis 30 Mk. pro Tag bezahlte Agenten in den städtischen Stadtteilen Brandreden gegen die Freiwilligenverbände. Sie trugen ledigliche Unhöflichkeit und nachgemachte Abscheu der Freiwilligenverbände.

Ein ganz rotschwarzes Bild bietet der Osten Berlins. Die Verwüstungen sind gewaltig, besonders in der Blumen- und der Volkshochschule, wo mehrere Häuser in Folge des Artillerie- und Mörserbesatzes zerstört sind. Regierungstruppen und Sanitätsmannschaften sind mit Bergungsarbeiten beschäftigt. Aus den Trümmern werden immer noch Bewanderte und tote Geborgene.

**Berlin, 10. März.** Nach dem „Berl. Tageblatt“ ist Braunshaus der Sammelplatz aller verhafteten Spartakisten. Der dort weilende frühere Berliner Polizeipräsident Eichholtz hat jetzt seinen Wohnsitz nach abgelehnt. Weisen und vorgelesen sei er in Verurteilungen unter seinem richtigen Namen aufgetreten.

**Berlin, 10. März.** Die Spartakusbewegung in Oberitalien dehnt sich weiter aus. Russische, polnische und deutsche Volkshochschulen sind eifrig tätig. Ein Hauptschlag war für die Nacht zum Sonntag vorgegeben. Die Abriht wurde durch das entschiedene Eingreifen der Truppen der 117. Inf. Div. vereitelt.

**Leipzig, 10. März.** Am 8. März, als die Vertreter der Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, kam es mehrfach zu Schießereien. Die ganze innere Stadt wurde abgesperrt.

**Dresden, 10. März.** In stark besuchten Versammlungen haben laut „Frankf. Ztg.“ die sächsischen Landwirte erklärt, daß sie in den Lebensmittelstreik eintreten wollen, wenn die Regierung mit den Eingriffen in die landwirtschaftlichen Betriebe fortfahre.

## Aus der Waffenstillstandskommission.

**Berlin, 10. März.** Das wiederholt an die Entente gerichtete deutsche Ersuchen, zur Unterstützung der deutschen Streitkräfte an der Ostfront Truppen- und Kohlentransporte auf der Ostsee nach den baltischen Häfen zuzulassen, ist von Marschall Koch abgelehnt worden.

## Lebensmittelversorgung.

**Danzig, 10. März.** Die ersten 125 Tonnen amerikanischen Schweineschmalzes sind der Stadt Danzig zur Verfügung gestellt worden.

## Der Krieg in Liss.

**Paris, 10. März. (Havas.)** Das kaiserliche Schloss Posen ist als Versammlungsort der Konferenz der Ententevertreter und der deutschen Bevollmächtigten bestimmt worden.

## Graf Bernstorff über wahre Demokratie.

**Berlin, 9. März.** Bei Eröffnung des Demokratischen Klubs hielt der frühere deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, eine Rede, in der er u. a. sagte, die Belegung des demokratischen Gedankens in Deutschland sei einer der wenigen Posten, die wir bei der Bilanz des Weltkriegs auf der Haben-Seite verbuchen dürfen, wenn Demokratie eine Regierung des Volks durch das Volk und für das Volk sei und nicht einseitige Klassenherrschaft. Die Weigerung der Feinde, die Schuldfrage durch eine neutrale Kommission untersuchen zu lassen, könne gedeutet werden, als ob sie das Urteil einer solchen Kommission zu fürchten hätten. Die Deutschland auferlegten Waffenstillstandsbedingungen seien weit schwerer, als die von den Deutschen Rufstand gestellten Zumutungen. Die für unsere Niederlage mitverantwortliche Entscheidung für Aufnahme des uneingeschränkten Tauchbootkriegs sei seinerzeit als einzige von der öffentlichen Meinung in Deutschland gebildete Lösung angesehen worden. Dies beweise die Macht der öffentlichen Meinung. Eine elementare Bewegung zugunsten des Friedens würde demnach auch den Wilsonschen Frieden ohne Sieg herbeigeführt haben, sowie die Verhöhnung der Völker in einem Völkerbund, begünstigt auf der Gleichberechtigung aller Nationen. Die Auslandsdeutschen seien während des Kriegs fast durchweg anderer Ansicht als die Deutschen in der Heimat gewesen. Die öffentliche Meinung in Deutschland dürfe sich nicht von den Idealen und Empfindungen der übrigen Welt abschließen und müsse es sich angelegen sein lassen, die Seele der anderen Völker zu verstehen.

**Frankfurt a. M., 9. März.** Eine von verschiedenen bürgerlichen Vernunftmännern einberufene öffentliche Versammlung im Schumanntheater nahm nach einem Vortrag des Professors Luidde eine Entschiedenheit an, die den Friedenswillen Deutschlands auf Grund der 14 Punkte Wilsons betont. Die Versammelten erhoben die Forderung, daß unsere Gegner unser Vertrauen bezüglich des Waffenstillstands gestärkt haben. Die Regierung wird angefordert, unbeeinträchtigt an den 14 Punkten Wilsons als verbindlicher Verhandlungsgrundlage festzuhalten. Eher sollte sie im vollen Bewußtsein der möglichen schweren Folgen die Verhandlungen ablehnen, als daß sie sich durch ein schwaches Vergewaltigung beuge.

**Berlin, 10. März.** Die englische Regierung hat mitgeteilt, daß die Heimförderung der in England befindlichen schwerverletzten deutschen Verwundeten demnächst wieder beginnen wird. Der dritte Zug mit deutschen Kriegsgefangenen aus England wird am 17. ds. Mts., ein zweiter Zug am 19. ds. Mts. in Köln eintreffen.

## Die deutschen Gefangenen in England.

**London, 10. März.** Churchill teilt im Unterhaus mit, die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in England betrage 100.358. 62.697 Mann werden im Lagerbau und in den nationalen Werkstätten und Werken beschäftigt.

## Von der Friedenskonferenz.

**Bern, 10. März.** Italienischen Botschafter zufolge wird der Verband am 19. März an Deutschland und am 25. März an Österreich-Ungarn die Bedingungen zum Fortfrieden bekannt geben. Deutschland soll erst nach Ablauf von 2 Jahren in den Völkerbund aufgenommen werden. Die Aufhebung der Blockade werde im April erfolgen.

**Paris, 10. März.** „Peit Parisien“ meldet aus New York, der Gedanke des Völkerbunds gewinne in Amerika an Boden. Man wüßte überall den baldigen Abschluss des Friedens.

Der französische Minister des Auswärtigen Bichon erklärte einigen Zeitungsvertretern gegenüber, nach Paragraph 8 des Waffenstillstandsvertrags habe sich Deutschland zur Auslieferung seiner Handelsflotte verpflichtet als Bedingung für die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Verbündeten werden Deutschland nicht zulassen, die Verbündeten werden Deutschland nicht zulassen, die Verbündeten werden Deutschland nicht zulassen. Die Zwischenfälle zwischen den Jugoslawen und Italien werden unterrichtet und den italienischen Gebietsansprüchen, die besprochen seien, werde Rechnung getragen.

**London, 10. März.** In den Blättern wird dringend die Notwendigkeit betont, die Friedensverhandlungen mit Rücksicht auf die gefährliche Lage in Mittel- und Südosteuropa möglichst zu beschleunigen.

Im Oberhaus erklärte Lord Lansdowne, die Verhältnisse in Mitteleuropa häuerten aneinander eine Katastrophe zu, die vielleicht eine der verhängnisvollsten ein würde, die jemals in der zivilisierten Welt vorgenommen sei. Lord Parmoor sagte: Wenn die Blockade nicht gemildert werden kann, so hängen wir auf dem Kontinent Millionen von Menschen in die Gewalt der Hungersnot. Das würde das schrecklichste Verbrechen der Geschichte sein.

## Keine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen.

**London, 10. März.** Die „Times“ meldet aus Paris: Die Verhandlungskommission hat am Freitag den Antrag des politischen Ausschusses angenommen, der die Anerkennung der Rechte Frankreichs auf Elsaß-Lothringen ohne vorherige Volksabstimmung anspricht.

## Malmedy an Belgien?

**Paris, 10. März.** Der Ausschuss für Belgien hat der belgischen Forderung betr. Einverleibung von Malmedy zugestimmt. Der sehr gewerbetreue Kreis Malmedy bei Aachen zählt etwa 35.000 Einwohner, darunter 10.000 Wallonen. Die Belgier verlangen außerdem die Bezirke St. Vith und Cuyven.

## Die Griegansprüche Belgiens.

**Brüssel, 10. März.** Die von der belgischen Regierung bei der Friedenskonferenz angemeldeten Schadensersatzansprüche belaufen sich auf 28 bis 32 Milliarden Mark.

## Die Frage der Lebensmittelversorgung.

**Amsterdam, 10. März.** Dem Niederländischen Pressebureau Radio zufolge wird in der Tagesübersicht des amerikanischen drahtlosen Dienstes von gestern gesagt: Die Alliierten geben zu, daß Deutschland mit Lebensmitteln versorgt werden müsse. Frankreich wünsche aber, daß Amerika die finanziellen Lasten auf sich nehme. Das würde bedeuten, daß die Vereinigten Staaten Lebensmittel im Werte von einer halben Milliarde Dollar kaufen und lange Zeit auf die Rückerstattung der Summe warten müsse. Die amerikanischen Vertreter weigerten sich, darauf einzugehen. Andererseits begünne man in Frankreich die Befürchten, die von einem unversorgten Deutschland drohen, einzusehen. Möglicherweise werden die Alliierten und die Amerikaner sich dahin einigen, Deutschland im Austausch für die Handelschiffe die Lebensmittelversorgung bis zum nächsten August zu garantieren. Die Zahlungen würden in Schiffen, Kohlen, Nitrat und anderen deutschen Erzeugnissen, die die Alliierten brauchen, erfolgen.

**Paris, 10. März.** Eine Neuterminefolge sind bereits Verträge mit verschiedenen Firmen abgeschlossen worden, um Deutschland die benötigten Lebensmittel zu liefern.

## General Liman von Sanders vor dem Kriegsvericht.

**London, 10. März.** Die „Morning Post“ meldet, der in türkischen Diensten stehende General Liman von Sanders sei auf der Reise nach Deutschland von England über Vichy und zunächst nach Malta gebracht worden. Er solle wieder nach Konstantinopel überfahren und dort vor ein Kriegsgericht der Verbündeten gestellt werden. (Der General wird beschuldigt, die Ermordung von Armeniern durch türkische Truppen nicht verhindert oder gar angeordnet zu haben.)

**London, 10. März.** Reuters meldet aus Posen: Luberecki kam nach Posen, um mit der alliierten Besatzung und dem Nationalrat in Posen über Lemberg zu beraten, dessen Einnahme durch die Ukraine droht. Die einzige Möglichkeit, die Stadt zu retten, bestehe in der Entsendung von Truppen aus Posen und von der deutschen Front. Letzteres erscheine bedenklich, da die Deutschen täglich die Angriffe fortsetzten. (!)

## Zusammenstoß amer. nischer Soldaten mit englischen Polizisten.

**London, 9. März.** Reuters. Als britische Polizisten amerikanische Matrosen wegen öffentlichen Spieles verhaften wollten, griff eine aus amerikanischen Soldaten zusammengesetzte Menge dreimal die Polizeistation von Bowstreet an und versuchte hier den Einzug zu erzwingen, wurde jedoch von den Polizisten mit Knütteln zurück geschlagen. Unter den Verletzten befanden sich zwei amerikanische Militärschüler, die in der Verhaftung wurden, als sie ihre Revolver zogen. Die amerikanischen Behörden leiteten eine Untersuchung ein.

## Anstand.

**Barcelona, 10. März. (Havas.)** Infolge des Streiks hat sich die Regierung entschlossen, die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes zum Militärdienst einzuziehen. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes, des Wasserwerkes und der Straßenbahnen sind bereits eingezogen.

## 150 Personen ermordet.

**Berlin, 10. März.** Wie die „B. Z.“ berichtet, ist nach den Angaben des Polizeipräsidenten von Lichtenberg, der von den Spartakisten ebenfalls erschossen werden sollte, aber entkommen ist, leider nicht daran zu zweifeln, daß dem spartakistischen Massenmord in Lichtenberg über 150 Menschen zum Opfer gefallen sind. Bei der Einnahme des Postgebäudes wandte sich der spartakistische Haufen, 300 bis 400 Mann stark, gegen das Lichtenberger Polizeipräsidium, in dem sich unzweifelhaft Soldaten der Regierungstruppen aufgehalten haben. In der Hauptsache haben die Schutze und Polizeibeamten die Verteidigung des Polizeigebäudes zu besorgen gehabt. Die Vorgänge in der Post scheinen aber die Polizeibeamten einmütigt zu haben. Den Spartakisten gelang es, das Polizeigebäude in wenigen Minuten zu nehmen. Sämtliche Beamten wurden mit Kolben und Faustschlägen traktiert, aus dem Gebäude herangeschleppt und in verschiedene nahegelegene Höfe gebracht, um dort erschossen zu werden. Die Spartakisten ließen „zum Scherz“ einige von den Polizeikriegern zuerst frei. Als aber die Armen wegzulaufen begannen, wurden sie unter Säbeln von hinten erschossen. Die meisten von ihnen sind getötet worden, ebenso sämtliche uniformierte Polizeibeamte und zum Teil auch ihre Angehörige, darunter Frauen und Kinder, die im Gebäude des Polizeipräsidiums wohnten.

**Berlin, 10. März.** Es ist bemerkt worden, daß ein Teil der Spartakisten anfängt, nach Rummelsburg, Johannestaf, Oberschönweide und Friedrichshagen abzugehen. Andere Bänden richten sich in Neu-Kölln auf hartnäckigsten Widerstand ein.

**Erfurt, 10. März.** Vier wurde der Schauspieler Gerold verhaftet, der im Verdacht steht, an der Ermordung des Oberleutnants von Klüber in Halle beteiligt gewesen zu sein.

## Die Wahlen in Bremen.

**Bremen, 10. März.** Bei den Wahlen zur Bremer Landesversammlung wurden einschließl. Landgebietes sowie Bremerhaven und Vegesack folgende Stimmenzahl abgegeben: Mehrheitsstz. 48.614, II. S. P. 28.363, Kommunisten 11.381, D. D. S. P. 29.477, Landeswahlverband (D. S. P. und D. N. S. P.) 18.028, Ch. P. (Zentrum) 2563, Liste der Kleinrentner 5727, Liste der Berufsangehörigen 1343, Liste der Kaufmännischen Anstellungen 864, D. S. P. Bremerhaven 1202.

Witze für Handel und Gewerbe Begehrd 691. Unglück-  
tig waren 124 Stimmen.

### Der verkaufte Flugzeugpark.

Berlin, 10. März. Unter der Auflage, im No-  
vember d. Js. den gesamten Flugzeugpark zu verkaufen, der  
einen Wert von annähernd 10 Millionen Mk. hatte, für  
2 Millionen an... zu haben, ist  
der... Porten verhaftet worden.

## Baden.

(-) **Karlsruhe, 10. März.** Trozdem in der bad.  
Nationalversammlung die Arbeiten für die neue Gemeinde-  
ordnung eifrig voranzutreiben, wird es wegen der son-  
stigen erforderlichen Vorarbeiten nicht möglich sein, die  
Neuwahlen allgemein vor Mitte Mai anzuberäumen. Nur  
in kleinen Gemeinden können sie etwa in der zweiten  
hälfte des April vorgenommen werden.

(-) **Karlsruhe, 10. März.** Von badischer Seite  
wurde in der Konferenz der Vertreter der deutschen Eisen-  
bahnverwaltungen angeregt, auf allen Eisenbahnen des  
Reichs nur noch zwei Wagenklassen mit Post- und  
Holzfüßen zu führen, wie es für Baden vorgesehen ist,  
und mit dieser Neuerung schon mit dem Eintreten der  
Tarifserhöhung am 1. April zu beginnen. Von preussischer  
Seite wurde aber eingewendet, daß in Preußen eine so  
rasche Umänderung nicht möglich sei, vor allem deswegen,  
weil die vierte Wagenklasse dort eine Stch., keine Stk. Klasse  
ist. Die Anpassung würde unter den bestehenden Ver-  
hältnissen längere Zeit beanspruchen. Damit ist die Lösung  
der Frage zwar etwas aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

(-) **Karlsruhe, 10. März.** In der letzten Sitzung  
des Bürgerausschusses wurde die Einführung einer Auf-  
barkeitssteuer genehmigt. Die städt. Umlage soll von 39  
auf 45 Pfg., der Gaspreis von 19 auf 20 Pfg. erhöht  
werden. Auch der Elektrizitätspreis erfährt eine nam-  
hafte Steigerung. Bezüglich der Lebensmittelversorgung  
eröffnete Oberbürgermeister Siegrist trübende Ansichten.  
Milch komme immer weniger in die Stadt, die Fleischver-  
sorgung sei gefährdet und die Karosfein reichsten nur  
noch für 14 Tage. Der neuen Teuerungszulage für die  
städtischen Beamten und Arbeiter mit einem Aufwand  
von rund zwei Millionen Mk. wurde zugestimmt.

(-) **Karlsruhe, 10. März.** Am Sonntag, den 30.  
März, vormittags 10 Uhr findet im großen Saal der  
städtischen Festhalle in Karlsruhe die 1. Landesversammlung  
der Deutschen demokratischen Partei Badens statt.

(-) **Karlsruhe, 10. März.** Anlässlich einer vor-  
wiegenden hier abgehaltenen Besprechung der Re-  
gierungsvertreter mit 120 Vertretern der Landwirtschaft  
aus dem ganzen Lande unterbreiteten der Gewerkschafts-  
verband bad. landw. Vereinigungen, der Bauernrat und  
der bad. landw. Verein der Regierung eine Eingabe, in  
welcher die Wünsche der bad. Landwirtschaft niedergelegt  
waren. In dieser Eingabe wird hervorgehoben, die Land-  
wirtschaft erkenne die Notlage der Städte und die Zwangs-  
lage der Regierung an und sei bereit, die Erzeugnisse in  
größtmöglichem Umfang den Städten zur Verfügung zu  
stellen. Große Beunruhigung habe aber in landw. Krei-  
sen die Forderung auf so fortigen Abbau der Preis-  
für landw. Erzeugnisse hervorgerufen. Die Höchst-  
preise des Erntejahres 1918 sollten als Mindestpreise für  
1919 der Landwirtschaft zugestimmt werden. Bei einem  
schlechten Ernteausfall sollte, wenn nötig, eine Preis-  
erhöhung eintreten. Die Regierung wird gebeten, mit  
allem Nachdruck gegen die Wiedereinführung der Som-  
merernte einzutreten. Bei gutem Ausfall der Rau-  
furrernte sollen die Bestimmungen über die Abliefe-  
rungspflicht und die Höchstpreise für Getreide, Stroh, Rüben  
und Gemüse aufgehoben werden, ebenso die Höchstpreise  
und Reichsquote von Tabak, Brauwein, Hanf und  
Flachs. Zur Verhinderung des Vieh- und Fleischschleich-  
handels empfehlen die Landwirte die Einführung des  
Viehkatasters. Die Viehhöchstpreise sollten aufge-  
hoben und lediglich die Fleischhöchstpreise in Wirk-  
samkeit bleiben. Unter allen Umständen sollten sofort die  
noch vorhandenen Zuschläge, Milchtiere und zur Frucht  
geeignete Kalkbinnen von der Zwangsabgabe befreit  
werden. Vom Beginn der Getreideernte ab sollen die Vieh-  
ablieferungen wesentlich eingeschränkt und der Termin  
der Hausabachtungen bis 15. April verlängert werden.

(-) **Mannheim, 10. März.** Die amerikanische Fried-  
denskommission, welche in den letzten Tagen hier und  
in Heidelberg weilte, um die wirtschaftlichen, gesundheit-  
lichen und Ernährungsverhältnisse zu studieren, hatte hier  
eine längere Konferenz mit Vertretern der Stadtverwal-  
tung, der Industrie und der Arbeiterschaft. Dabei wurde  
der Kommission die immer trostloser werdende Ernäh-  
rungslage und der schlechte Gesundheitszustand der Be-  
völkerung dargelegt. Auch die schlimme Lage auf anderen  
Gebieten wurde eingehend geschildert. Die Kommission  
ist nach Paris zurückgekehrt.

(-) **Mannheim, 10. März.** Der hiesige Jungbe-  
rater Verein hat in seiner Hauptversammlung beschlos-  
sen, der Deutschen (liberalen) Volkspartei beizutreten.

(-) **Bruchsal, 10. März.** Auf der Strecke Bruch-  
sal-Bretten sind zwei neue Güter Bruchsal ab 12.25  
Mittags und Bretten ab 1.15 nachm. eingelegt worden.

(-) **Mühlhausen b. Wiesloch, 10. März.** Wie wir  
in der „Wiesl. Zig.“ lesen, hatte das Erziehungs- u. Ord-  
nariat einen von dem „Spzialinstitut Heidelberg“ unter-  
zeichneten Drohbrief erhalten, in welchem die sofortige  
Verfückung des Pfarrers Geiler aus Mühlhausen  
verlangt wurde, andernfalls er von den Sozialisten mit  
Gewalt enisernit würde. Von diesem Brief hatte Pfarrer  
Geiler Kenntnis und er beschränkte ihn im Gottesdienst.  
Darauf wurde am Mittwoch letzter Woche die Einwohnerschaft  
durch Glockengeläute und Trompeterläute alarmiert  
und eine 700köpfige Menschenmenge sammelte sich vor  
dem Rat- und Pfarrhaus, wo aus der Mitte der Be-  
sammung der Rührer des Bürgermeisters und Gemeindevor-  
rats gefordert wurde, Man schreie eine Abordnung zu  
den Gemeindevorständen, die sich aber weigerten zu ver-  
handeln. Daraufhin wurde Inverhandlung der ganze Ge-

meinderat für abgelehrt erklärt und ein neuer Bürgermeister  
sowie neue Gemeindevorstände gewählt. Schließlich gelang es  
aber dem Bezirksamt Wiesloch die Angelegenheit zu  
schlichten.

(-) **Freiburg, 10. März.** Eine von ungefähr 600  
Bürgern von hier und aus der Umgebung besuchte Ver-  
sammlung legte Protest ein gegen die neuen scharfen Ver-  
ordnungen des bad. Ernährungsministeriums über die  
Bekämpfung der Schwarzschlachtung und den Fleischschleich-  
handel. Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse könne  
nur durch restlose Erfassung der Lebensmittel beim Pro-  
duzenten unter angemessener Erhöhung der Preise ein-  
treten.

(-) **Vörrach, 10. März.** Nach mehr als 4 1/2-jähriger  
Unterbrechung ist in der letzten Woche der erste Personen-  
zug von Mühlhausen her in den ehsaf-lothringischen Bahn-  
hof in Basel wieder eingefahren.

(-) **Bühl, 10. März.** In Bühlertal wurde aus  
der Zigarettenfabrik von Schulte Tabak im Wert von  
19000 Mk. gestohlen. Beim Versuch, den Tabak an  
eine andere Fabrik zu verkaufen, wurden die Diebe fest-  
genommen.

(-) **Dossenheim, 10. März.** Die Oberin und eine  
Schwester der hiesigen katholischen Krankenstation sind  
am Flecktyphus gestorben. Vor einiger Zeit sind zwei  
andere Schwestern derselben Station der Grippe erlegen.

(-) **Uelssien, Amt Offenburg, 10. März.** Die  
Gemeinde Uelssien besitzt in der neutralen Zone Felder  
und Wiesen im besetzten Gebiet. Die Gemeindeverwal-  
tung richtete nun an den französischen Kommandanten  
in Reht die Bitte, den Einwohnern von Uelssien das  
Betreiben ihrer Felder in der besetzten Zone zu ermög-  
lichen. Das Gesuch wurde aber ohne Begründung ab-  
gelehnt.

## Württemberg.

(-) **Stuttgart, 10. März.** Bei der Stellung der  
Beamten. In dem ersten Nachtrag zu dem Finanzgesetz  
für das Jahr 1918 sind folgende Bestimmungen über eine  
Pufferstellung der Beamten, mit Wirkung vom 1. April  
1918 ab, in Aussicht genommen: Das Besoldungsdienst-  
alter eines Beamten, dessen Anstellung sich infolge seines  
Kriegsdienstes oder infolge der wegen des Kriegs ver-  
späteten Abhaltung einer Prüfung verzögert hat, ist so  
festzusetzen, wie es ohne diese Verzögerung zu berechnen  
gewesen wäre. Hat sich die Anstellung oder erstmalige Be-  
förderung eines Beamten aus anderen durch den Krieg  
geschaffenen Ursachen verzögert, so kann ein dem Beamten  
daraus erwachsener Nachteil im Besoldungsdienstalter  
durch Anrechnung der Verspätung auf dieses Alter bis  
zum Höchstbetrag von drei Jahren ausgeglichen werden.  
Beamte, die infolge der politischen Ereignisse aus dem  
ehrsaf-lothringischen Landes- und Reichsdienst, dem Reichs-  
kolonial- oder Konsulatsdienst in den würt. Staatsdienst  
übernommen worden, können bei der Anstellung in eine  
höhere Gehaltsstufe eingestuft werden.

(-) **Stuttgart, 10. März.** (Zur Wohnungs-  
not.) In einer Versammlung der Unabhängigen so-  
zialdemokratischen Partei Groß-Stuttgarts verfaßte Ge-  
meinderat Stetter, Mitglied des Volksrats der  
U- und S-Räte, die U- und S-Räte sollten gewisse  
Wohnungsviertel ausräumen und die Inhaber, die nicht  
freiwillig gehen wollten, auf die Strafe setzen. In  
einer Entschließung wurde der gegenwärtigen Regierung  
das größte Mißtrauen ausgesprochen.

(-) **Stuttgart, 10. März.** (Kundgebung.) Die  
Korrespondenten, die einen Stundenlohn von 1,70 Mk.  
verlangen, zogen heute mittag wiederum mit einer roten  
Fahne vor das Rathaus. Eine Abordnung verhandelte  
mit der Stadtverwaltung. In der nächsten Sitzung der  
Gemeindevorstände sollen die Forderungen vorgelegt  
werden.

(-) **Stuttgart, 10. März.** (Hypothekendarf.)  
Nach dem Geschäftsbericht der Württ. Hypothekendarf  
für 1918 ist in dem abgelaufenen Geschäftsjahr der  
Zurechenstand von 214,28 Millionen auf 209,82 Mil-  
lionen zurückgegangen. Es sind also rund 5 1/2 Mil-  
lionen Hypotheken gestillt worden. Die Bank hat die  
Besoldungsgruppe von der Hälfte des Grundstückswerts  
auf drei Fünftel erhöht.

(-) **Stuttgart, 10. März.** (Einbruch.) Heute  
vormittag kam ein Mensch in die Wohnung eines  
Kretzes in der Reppertstraße, solange der Arzt Kran-  
kenbesuche machte, und ließ sich vom Dienstmädchen für  
eine ärztliche Beratung vormerken. Unversehens überfiel  
er das Mädchen, band sie an einer Türe fest und drohte  
sie zu erschicken, falls sie einen Laut gebe. Dann durch-  
suchte er die Wohnung und raubte verschiedene Gegen-  
stände. Das Mädchen wurde von dem bald darauf zu-  
rückkehrenden Hausherrn aus seiner schlimmen Lage be-  
freit.

(-) **Stuttgart, 10. März.** (Diebstahl.) Im  
Gasthof zum „Hirsch“ in Wangen wurde aus dem  
Salaßzimmer eine eiserne Geldkassette im Gewicht von  
1 1/2 Pfund mit einem größeren Gelddbetrag in bar  
und Krongeld gestohlen. Aus einem Buchbinder-  
laden wurden 2000 Zigaretten entwendet. Von den Tä-  
tern hat man keine Spur.

(-) **Stuttgart, 10. März.** (Schlaganfall.) Am  
Samstag abend wurde in einem Straßenbahnwagen  
in der Tübingerstraße eine 22 Jahre alte Fabrikfle-  
gerin vom Schlag getroffen. Sie verstarb bei der Ueber-  
führung ins Katharinenhospital.

(-) **Waiblingen, 10. März.** (Einigkeit macht  
kraft.) Gestern tagte hier eine Versammlung mittel-  
ständischer, gewerblicher und kaufmännischer Vereine,  
Zunungen, Handwerker- und Fachvereinigungen des Ober-  
amtsbezirks Waiblingen, die nach Vorträgen des Hand-  
werkskommerzialrats Dr. Gerhard und des Kamin-  
fegevereins Gula den Beschluß zur Gründung eines  
Bezirksvereins aller genannten Gruppen faßte. Der  
Bezirksausschuß besteht aus den Vorständen der ein-  
zelnen gewerblichen Vereine. Zum ersten Vorsitzenden  
wurde Kaminfegemeister Gula in Waiblingen, zum zweiten  
Vorsitzenden Bauwerkmeister Kögler in Winnenden gewähl-

(-) **Zavelstein, 10. März.** (Frühling.) Die  
Arolsbauern am Jährstern stehen in voller Blüte.

(-) **Hall, 10. März.** (Leichen und.) In einer  
Feldjagener von Weichim wurde der Leichnam des aus  
der Landbauernbeschäftigungsschicht Nabenhof bei Ell-  
wangen entlassenen Seemann gefunden. Er hatte in der  
Schweiz geschäftigt und war in den letzten Tagen des  
vorigen Monats erkrankt.

(-) **Mun, 10. März.** (Schwaben.) Der (bayerische)  
„Amer Anzeiger“ tritt entschieden für eine Vereini-  
gung, z. B. reich-Schwaben mit Württemberg ein, wo Ruhe  
und Ordnung herrsche, während die Klosterrückbildung in  
München zu staatlicher Neuordnung unfähig sei. Zeit-  
weilen die Schwaben noch die Wahl; morgen könnte es  
zu spät sein.

- **Die Berufswahl.** Es wird uns geschrieben:  
Tausende von Vätern zerbrechen sich den Kopf darüber,  
was für einen Beruf sie ihren Jungen erlernen lassen  
sollen. Wie wissen, daß es in absehbarer Zeit nicht  
leicht möglich sein wird, alle früher in der Industrie  
tätigen gelernten sowohl wie ungelerten Arbeiter und  
Arbeiterkinder dort wieder unterzubringen. Deshalb müs-  
sen wir, um lebensfähig bleiben zu können, und unser  
Volk vor dem Schicksal der Auswanderung zu bewahren,  
wohl oder übel darauf bedacht sein, in Zukunft mehrere Er-  
ziehungsbedingungen zu einem beträchtlichen Teil aus der  
Stadt und der Industrie auf das Land zurückzuber-  
legen. Es besteht jetzt die Möglichkeit, junge Leute im  
Alter von 14-19 Jahren als Landwirtschaftslehrlinge  
bei kleinen Bauern unterzubringen, wo sie den land-  
wirtschaftlichen Beruf erlernen können, um sich später  
einmal, wenn die Verhältnisse wieder besseht sind  
als selbständige Kleinbauern vielleicht von der Regie-  
rung zur Verfügung gestelltes Siedlungsland anzu-  
bauen, wodurch ihnen eine Zukunft in Aussicht gestellt  
wäre, die der des Industriearbeiters sicherlich vorzu-  
ziehen ist. Gerade also im Hinblick auf die gegen-  
wärtigen, in der Stadt besonders schlechten, in der  
Landwirtschaft dagegen besseren Zukunftsbedingungen  
kann man es jungen Leuten nicht oft und dringend ge-  
nug empfehlen, sich dem landwirtschaftlichen Beruf zu  
widmen, der ihnen eine bessere, gesündere und vor  
allem auch selbständige Existenz für das ganze Leben  
bieten kann. Die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise  
geben überall Auskünfte in dieser Frage; und auch die  
jungen Leute werden, wenn sie während und nach der  
Lehrzeit dem landwirtschaftlichen Beruf Freude und  
Interesse abgewonnen haben, mit Dankbarkeit an die  
denken, die ihnen geholfen haben, einen Beruf zu er-  
lernen, der ihnen eine sichere Existenz und eine gesunde  
Lebensweise gewährleistet.

- **Der Handel nach Holland.** Im Jahr 1917  
lieferte Holland noch für 205 Millionen  
Gulden Waren nach Deutschland und bezog dagegen für  
171 Mill. Gulden. Im Jahr 1918 sank die holländische  
Einfuhr auf 53 Mill., Deutschland lieferte dagegen für  
235 Mill. Gulden (hauptsächlich Kohlen und Eisen).  
Trotzdem betrug der Kurs der Reichsmark in Holland  
Ende 1917 45 Centen, Ende 1918 30 Centen. Im  
März 1919 sank er bis auf 25 Centen bei einem Fried-  
enswert von 58 Centen.

- **Zusammenschluß der Ehsaf-Lothringer.** Die  
neugegründete Vereinigung der aus Ehsaf-Lothringen  
Vertriebenen in Stuttgart will die in Württemberg  
und Hohenzollern ansässigen Ehsaf-Lothringer zu einer  
Landesvereinigung zusammenschließen. Im engen An-  
schluß an den Hauptausschuß für Kriegsfürsorge wird  
eine Geschäfts- und eine Beratungsstelle der Vereinigung  
errichtet. Schriftliche Anmeldungen aller Flüchtlinge, die  
nicht persönlich zur Anmeldung kommen, werden erbeten.  
Bestehende Ortsgruppen wollen von ihrem Vorhanden-  
sein Nachricht geben, damit eine Verbindung in die Wege  
geleitet werden kann. Mitglied der Vereinigung wird  
nach Anmeldung jeder aus dem Reichsland Vertrie-  
bene oder Geflüchtete. Außerdem auf Wunsch und  
nach Anmeldung auch solche Personen, Geschäftsinhaber  
oder Firmen, die ein Interesse an der Vereinigung be-  
stehen wollen oder die irgend welche geschäftlichen und  
verwandtschaftlichen bzw. persönliche Beziehungen zu Ehsaf-  
Lothringen verloren haben. Parteipolitik jeder Rich-  
tung vermeidet die Vereinigung. Zur Bestreitung der  
entstehenden Geschäftskosten erhebt die Vereinigung frei-  
willige Beiträge. Anmeldungen, aus denen fröhler-  
wohnig, jetziger Wohnort, Beruf, Stand, Staatsang-  
hörigkeit nach Geburt und nachträglicher Erwerb, Ge-  
burtsdaten, Familienstand und wirtschaftlicher Verlust, so-  
wie Grund der Flucht oder Vertreibung zu ersehen sind,  
sollen an die Geschäftsstelle der Württ. Vereinigung  
der aus Ehsaf-Lothringen Vertriebenen, Stuttgart, Gym-  
nasiumstraße 2, gerichtet werden.

## Fleischkonserven Abgabe.

Auf Lebensmittelmarke Nr. 33 wird abgegeben ca 250  
gr. Fleisch- und Wurstwaren.  
Ausschluß Mittwoch Abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt.

## Bekanntmachung.

Die bestellte Gerätschaften wie Pickel, Spaten, Hand-  
belle und Handsägen können am  
**Mittwoch, den 12. März 1919**  
von vormittags 8-12 Uhr  
auf der Polizeiwache gegen Barzahlung in Empfang genom-  
men werden.  
Wittbad, den 10. März 1919. **Stadtpflege.**

# Vermischtes.

**Nicht einmal Schweinefutter.** In Nr. 1900 der Pariser Zeitung „Le Devoir“ findet sich folgender Bericht des französischen Kommandos des 1. Sturm-Reg. 300: Trotz der bereits gemachten Beobachtungen führen die deutschen und österreichischen Gefangenen fort, das Spillwasser für die Schweine und die Reste aus den Kellern zu sammeln, besonders zur Essenszeit in den Küchen und auch in den Mannschaftsbaracken. Ich bitte die Kommandoskommandanten in strenger Weise über die Absetzung des Spillwassers für die Schweine zu wachen. Falls die Gefangenen in der bisherigen Weise fortfahren werden, werde ich mich genötigt sehen, eine Anzahl Schweine zu verkaufen, was einen großen Verlust in der Verpflegung der Kompanien darstellen würde. Die Kommandanten sollen daher sowohl den Küchen als auch den Baracken Befehle geben, damit sich diese Vorgänge nicht wiederholen. — Die Nahrung der deutschen Kriegsgefangenen im Lager Cercottes scheint darnach so schlecht und ungenügend zu sein, daß die vom Hunger gequälten Menschen gezwungen sind, sich die als Schweinefutter bestimmten Küchenabfälle zu ihrer Sättigung geben zu lassen. Den obenstehenden Artikel, mit dem daran geknüpften Kommentar hat die Unterkommission für Kriegsgefangene in Spa der französischen Kommission in Form einer Note überreicht. Sie hat gebeten, feststellen zu lassen, ob der oben gegebene Befehl tatsächlich erlassen wurde, und in diesem Falle ersucht hinsichtlich der Ernährung der deutschen Kriegsgefangenen für Abhilfe zu sorgen.

**Die Anhaltischen Kollwerke in Leopoldshall,** die zu den produktivsten des Südkalbes zählen, sind Eigentum des Staats und werden von diesem selbst betrieben. Vor dem Kriege werten sie meist eine Million Mk. Ueberführung ab. Jetzt arbeiten die Werke monatlich mit über 200.000 Mk. Verlust.

**Eisenbahnunglück.** Auf der Strecke Amiens—Köln riefen sich von einem englischen Zug Wagen los und stießen mit einem anderen englischen Zuge zusammen. Man zählt 11 Tote und 60 Verwundete.

**Die englische Krankheit.** Die aus Wien gemeldeten Erkrankungen äußern sich den Wintern zufolge in der Bewegungsunfähigkeit der Erkrankten. Die Verletzungen der Knochen verursachen große Schmerzen. Die Krankheit breitet sich sehr schnell aus. Die Ärzte sehen das beste Heilmittel in der Fütterung von Phosphor und Lebertran, woran Wien Mangel leidet.

**Schupfahab als Kaffee-Ersatz.** Die Einkaufsgenossenschaft für Kaffeebohnen und Hotels kaufte durch Vermittlung eines Agenten in Nürnberg von der Firma Großkaffeebohnen-Verhandlung in Hamburg auf Grund eines Probeversuchs 60 Zentner Kaffee-Ersatz um 120.000 Mk., die sofort bezahlt wurden. Die Einkaufsgenossenschaft beanstandete die gelieferte Ware wegen ihres Geruchs und forderte Rückzahlung des Betrags. Der vorgenannte Sachverständige erklärte, die gelieferte Ware sei kein Kaffee-Ersatz, sondern Schupfahab. Die Sache wird vom Gericht angefochten worden. Wenn nun die Schupfahab gleicher Ansicht sind, wie der Sachverständige, so macht die Kaffeebohnen ein gutes Geschäft; denn Schupfahab ist teurer als Kaffee-Ersatz!

**Postraub.** In Bochum wurden 12 Postaussteller und Ausstellungen verhaftet, die seit länger als einem Jahre in etwa 650 Fällen Pakete geraubt haben. Auch aus dem Hauptbahnhof wurden umfangreiche Verabreichungen von Lebensmittelwagen durch Bahnangestellte aufgedeckt, 8 mittlere und mehrere Beamte wurden festgenommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

**Brand.** Infolge der Explosion eines Fassens mit Säuren entstand heute in den Fabrikwerken von Gerbersdorf bei Wittenberg ein Brand, der einen Teil der Fabrik in Asche legte. Bei dem Brand kamen 4 Arbeiter in den Flammen um. Der Schaden betrug etwa 1 1/2 Mill. Mk.

**Mord.** In Genf entdeckte die Polizei in einem Koffer die Leiche des Dresdener Millionärs Paul Geckeler, der im Hotel Beau-Rivage gewohnt hatte. Er wurde am 6. Februar von einem gewissen Hedemann mittels eines Revolvers getötet. Es fehlt ein Betrag von 20.000 Franken. Die Polizei ist dem Mörder auf der Spur.



**S.P.C. Preussische, Pommersche und Braunschweigische Landesversammlung.** In Beratung waren im Zentralbureau der Deutschen demokratischen Partei zu Berlin Mitglieder der demokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung aus 12 Wahlbezirken zu einer Beratung zusammengetreten. Die Anwesenden beschlossen einstimmig, die nachstehende Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben:

Die in Berlin versammelten Mitglieder der demokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung aus 12 Wahlbezirken des Staates erheben hiermit Widerspruch dagegen, daß der Zusammenschluß der Landesversammlung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden ist. Mit Rücksicht darauf, daß es unbedingt erforderlich erscheint, auch in Preußen schrittweise die demokratische Verfassung und Gesetzgebung den Weg zu öffnen und der preussischen Volkvertretung ihr Bestimmungsgesetz an die Gestalt des preussischen Staates zu sichern, fordern wir die unverzügliche Einberufung der Landesversammlung.

**D.P.C. Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung.** Am Dienstag ist die erste Beratung der Verfassungsvorlage in der Nationalversammlung zu Ende geführt worden, nachdem am Montag noch der demokratische Abgeordnete Schilling eine bedeutungsvolle Rede gehalten hatte, in der die Reichsgedanken der Demokratie in ihrem Verhältnis zur neuen deutschen Verfassung in glücklicher Weise herausgearbeitet waren. Wie sich nun der Verfassungsentwurf in der Kommission gestalten wird, läßt sich noch in keiner Weise übersehen. Wir unterrichten möchten wünschen, daß die Gedanken der Reichseinheit gegenüber allen partikularen Bestrebungen, sie mögen von München oder von Berlin ausgehen, den Sieg davontragen.

Die Namen der hiesigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen demokratischen Partei im Verfassungsausschuss sind nachstehend nochmals wiederholt. Dankmann, Karst, Wöhl, Koch, Haffel, Joppel.

Als Vertreter sind, wie wir mitteilen in der Folge und die folgenden Abgeordneten bestimmt worden: Becker, Ralf, Heide, Herrmann-Pöschel, Lohewig, Pöschel, F. H. Ing., Seydewitz, Weiskopf.

**Der Verband der deutschen demokratischen Presse.** Die „Deutsche Vereinigung der fortschrittlichen Presse“ wurde in einen Verband der deutschen demokratischen Presse umgewandelt. Die Mitglieder des ehemaligen Reichsvereins der national-liberalen Presse haben den Beschluß gefaßt, diesem Verband beizutreten. Es hat sich infolgedessen ein vorläufiger Arbeitsausschuß gebildet, aus dem in Berlin wohnenden Herren: Dr. Richard Dahn („Leipziger Tageblatt“), Nagel („Magdeburger Zeitung“), Otto Nischke („Berliner Volkszeitung“), Dr. J. Rathke („Parteilose Post“), Dr. S. Sarwey („Münchener Neueste Nachrichten“), Steinborn („Berliner Börsen-Zeitung“), Martin Wend („Danziger Zeitung“), Max Wiesner („Frankfurter Zeitung“). Diese haben gemeinsam provisorische Satzungen für den Bundesverband aufgestellt. Die konstituierende Versammlung des Verbandes soll gelegentlich des nächsten Parteitages der Deutschen demokratischen Partei stattfinden. Anmeldungen und Beiträge für die Mitgliedschaft des Presseverbandes nimmt Redakteur Martin Wend in Berlin, E. B. 48, Wilhelmstr. 116, entgegen. Konzepte sind auch die Satzungen zu beziehen und alle weiteren Auskünfte über den Presseverband zu erhalten.

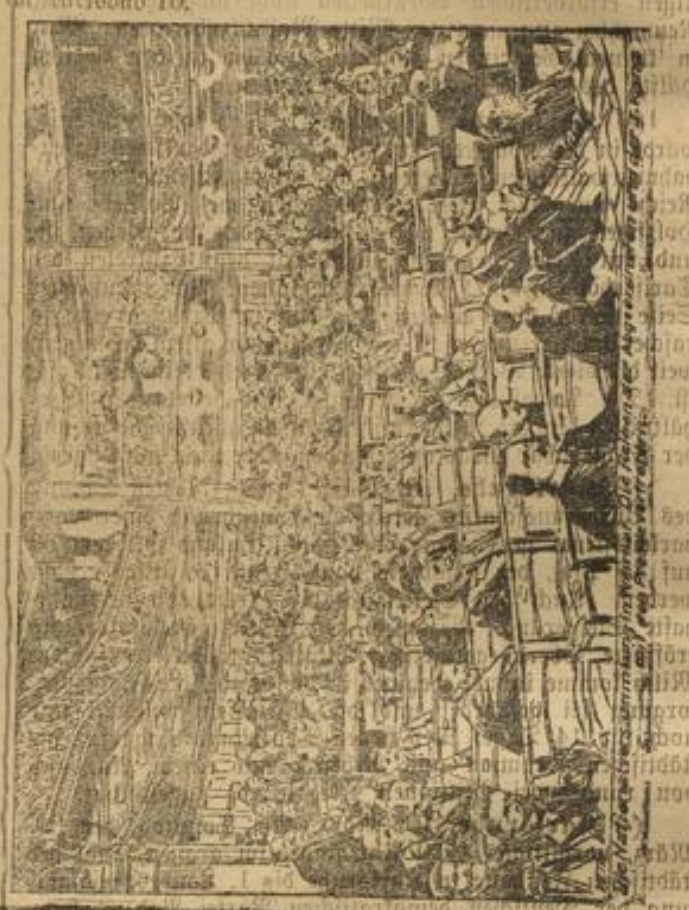
**Verband der Landesverwaltungsanstalten.** In Kassel traten Vertreter der Beamtenvereine der Landesverwaltungsanstalten zusammen, um einen Verband der Landesverwaltungsanstalten Deutschlands zu gründen. Nach Feststellung der Satzungen wurde die Gründung des Verbandes einstimmig beschlossen. Der Verband bezweckt die Förderung der rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten der Landesverwaltungsbeamten. Der Verband ist dem deutschen Beamtenbund beigetreten.

**Falsche Reichsbanknoten.** Vor einigen Tagen sind bei Beamten in Stuttgart falsche Reichsbanknoten zu 50 Mk. der Ausgabe 20. Oktober 1918 angenommen bzw. angehalten worden. Die Falschstücke tragen neben der gleichen Reichsnummer F 104 die Nummern 552 582, 552 268 und 552 772 in fetter, karminroter, nicht wie bei den echten in zinnoberroter Farbe. Da die bezeichneten Noten offenbar in größerer Zahl in Süddeutschland im Umlauf sind, so ist bei der Annahme von Reichsbanknoten zu 50 Mk. besondere Vorsicht geboten.

**Für die Kriegshinterbliebenen.** Die Nationalstiftung hat für das laufende Unterhaltungsjahr den Unterhaltungsbeitrag vorerst auf 9 1/2 Millionen Mark erhöht. Darüber hinaus sollen einzelnen auch dann noch hilfsbedürftig bleibenden Landesauschüssen besondere von Fall zu Fall zu beweisende Anweisungen aus den noch verfügbaren Mitteln des Ausgleichsfonds ge-

geben werden. Damit kann man sich dem Unterhaltungsbeitrag noch Mittel bereitzustellen, so daß für das laufende Unterhaltungsjahr der Gesamtbeitrag rund 18 Millionen Mark beträgt bei einem Stiftungsbetrag von rund 107 Millionen Mark.

**— An wen soll ich mich wenden?** Wer über Kriegsgefangene Auskunft zu erhalten wünscht, wende sich an das Zentralnachweise-Bureau des Kriegsministeriums, Berlin, Dorotheenstraße 48, oder an die Nachweisebureaus der bayerischen, sächsischen und württembergischen Kriegsministerien oder an die Hilfsstellen vom Roten Kreuz (Ausschüsse für deutsche Kriegsgefangene). Für Kriegsgefangene Deutsche und Ausländer der Zivilgefangenen erteilt die Zentralauskunftstelle für Auswanderer, Reichskommission, Berlin E. B. 35, am Karlsbad 10.



## Deutsche Demokratische Partei

Programme, Beitrittserklärungen  
— schriftlich und mündlich —  
Ankunft usw. bei der Geldkassette  
STUTTGART, Kl. Königsstraße 7, II. Stock.  
Vorsprecher 3840 und 10 788.  
Postcheckkonto: STUTTGART Nr. 2501.

**Schwerarbeiterzulagen.** Das städt. Lebensmittelamt wird am 25. Februar ds. J. an das Ernährungsministerium in Stuttgart folgendes Schreiben:

„Durch die Zeitungen lief vor kurzem die Nachricht, daß die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter bis 1. April weiter gewährt werden sollen. Nun sind an dem Bahnbau Wildbad-Galmbach ca. 250 Arbeiter von hier beschäftigt, dieselben werden täglich vorstellig und vor langer die ihnen laut Zeitung zusehenden Zulagen insbesondere in Prot. Oberamt und Oberamtsstelle in Reutlingen leben die Zulagen ab, da sie nicht dazu befugt seien. Außerdem sind in unseren Waldungen und den Staatswaldungen auf hiesiger Gemarkung viele Holzhauer beschäftigt, die seit der Einführung der Zulagen erhielten, ebenfalls vorstellig geworden.“

Wir bitten nun um Aufklärung, ob die Festlegung der wirklichen Grundlage entbehrt oder ob die Zulagen gewährt werden sollen.“

Darauf ging heute folgender Bescheid des Ernährungsministeriums vom 5. März 1919 ein:

dem Städt. Lebensmittelamt zu eröffnen, daß die Frist für die Einstellung der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen keine Verlängerung erfahren hat.

Druck und Verlag der D. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

**Zucker.**  
Der Preis für Zucker beträgt von jetzt ab:  
für Würfelzucker das Pfund 51 Pfg.  
für die anderen Sorten Zucker das Pfund 49 Pfg.  
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

**Stuttgarter Lebensversicherungsbank A. G. (Alte Stuttgarter)**  
Gegründet 1854.  
Neue Anträge 1918 123 Millionen Mk.  
Versicherungsbestand 1 Milliarde und 255 Millionen Mk.

In Zigarettenpezalgeschäft wird ein **Fräulein** bei gutem Gehalt gesucht. Branchenkenntnisse nicht erforderlich. Gest. Offerten unter 250 an die Exped. ds. Blattes.

Für die Sommerferien Mitte Mai bis September **gutes Klavier** zu mieten gesucht. Offerte mit Preisangabe an die Exped. [268]

Zwei **Damen** suchen kleineres **Haus** zu kaufen, in sonniger Lage. Angebote sind an die Exped. ds. Bl. zu richten. [254]

**Evang. Kirchenchor** heute abend 8 Uhr **Singstunde** Meinen im Strandenberg gelegen

**Hausanteil** lege dem Verkauf aus. **Frith Treiber** Schloßers Ww. beim Fiedelhof

**Schreibarbeiten** fertig in den Abendstunden. Wer sagt die Exped. [256]

Ein **Belagteilnehmer** (im Katharinenstift) bittet um Ueberlassung eines **Zivilanzugs** um billigen Preis. Angebote an die Exped. [257]

**Haarneze**  
Stirnneze 40/40  
Stirn 1.90  
Ganbneze extra groß  
Stück zu M. 1.80 1.50  
bei **Chr. Schmidu. Sohn**

**Holstin-Späne**  
Chemische Reinigung im Hause  
Besser wie Gasseife!  
empfehlen  
**Carl Wilh. Gott.**

**Seidenstoffe**  
reichste Auswahl  
einfarbig, Karriert, gestreift und bedruckt  
in allen Webarten und Farben  
von N. 9 — per Meter bis N. 69  
**Faserstoffe**  
Kleider, Schürzen und Vorhänge  
Regen, Mandschetten, Cravatten.  
**Farbige Schürzen etc.**  
**Phil. Bosh, Wildbad.**